

Michael Klundt

Kritik bürgerlicher Beforschung politischer Einstellungen und sozialer Lagen Jugendlicher

Im Folgenden werden Diskurs-Ausschnitte wissenschaftlicher und medialer Darstellungen jugendlicher Soziallagen und Einstellungen kritisch unter die Lupe genommen. Der Aufsatz versteht sich als Kritik verschiedener Jugendforschungs-Studien und ihrer Präsentationen in einflussreichen Medien. Eine zentrale These lautet, dass spezifische Diskurse über die nachwachsenden Generationen nicht nur deren Lebenswelten und Lebenseinstellungen ausdrücken, sondern sie auch mitverantwortlich prägen können. Dabei soll es vorwiegend um die Publikation und Teile der publizistischen Rezeption der Studien „Jugend in Deutschland 2024“ (JiD) und „JiD 2025“ sowie der Shell-Jugendbefragung 2024 gehen. Deren veröffentlichte und medial verhandelte Ergebnisse sollen Schwerpunkt dieses Beitrages sein und dazu dienen, einige Grundtrends der Entwicklung von Einstellungen Jugendlicher herauszuarbeiten. Dabei liegt der zentrale Fokus auf der Gleichzeitigkeit unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Entwicklungen, die vielmehr auf Polarisierungstendenzen in der Jugend hindeuten. Sollte sich gegen den medialen Trend wirklich herausstellen, dass unter den Jugendlichen im weitesten Sinne linke Orientierungen stärker verbreitet sind, so müsste linke Politik auch stärker daran anknüpfen.

1. Vorab: Kritische Anmerkung zu Jugendstudien

Für Robert Philipps von der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen Jugendstudien „immer auf, wohin sich Gesellschaften bewegen“. Seines Erachtens sind sie „Frühindikatoren des gesellschaftlichen Wandels“ (siehe Philipps 2024, S. 1). In der Jugendforschung scheint bislang offensichtlich bei der Beschreibung jugendlicher Lebenslagen und Einstellungen so viel im Flusse zu sein, dass sich manche dagegen wenden, von „der Jugend“ im Singular zu reden (vgl. Piepenbrink 2025, S. 3). Für den Soziologen Martin Schröder ist auch daher „Jugendforschung oft Unsinn“ (Schröder 2025, S. 4f.), wenn sie jungen Menschen pauschalisierend irgendwelche Generationen-Etiketten verpasst. Die vorfindbaren Jugendstudien über Einstellungen junger Menschen lassen sich derweil kaum noch überblicken. Beinahe jeden Monat kommt mindestens eine weitere neue Jugendstudie auf den Markt. Die verschiedenen Jugendbefragungen beziehen sich jedoch praktisch alle auf unterschiedliche Jahrganggruppen und sind daher nur bedingt miteinander vergleichbar. Die Allensbach-Befragung schaut auf unter 30-jährige (die soziale Netzwerke nutzen), die Studien „Jugend in Deutschland 2024“ und „2025“ von Simon Schnetzer, Klaus Hurrelmann und Kilian Hampel betrachten 14- bis 29-jährige, die Sinus-Studie 2024 für die Deutsche Bischofskonferenz und die Bundeszentrale für politische Bildung berücksichtigt 14-bis

17jährige, die Postbank-Jugendmedien-Studien 2024 und 2025 interviewen 16- bis 18-jährige, die TUI-Jugendstudie „Junges Europa 2024“ fokussiert auf 16- bis 26-jährige, die sog. Generationen-Studien 2024 und 2025 beschäftigten sich mit 16- bis 25jährigen, die FES-Befragung der Friedrich-Ebert-Stiftung 2024 „Jugend wählt“ fokussierte auf 15- bis 20-jährige, die regelmäßigen Shell-Studien (zuletzt 2024) befragen 12- bis 25jährige. Obgleich alle genannten Studien auf Repräsentativität achten, dürfte bis hierher vielleicht schon sichtbar geworden sein, dass sich unter „der Jugend“ oder „den Jugendlichen“ regelmäßig unterschiedliche Altersgruppen verbergen. Und das scheint über die Jahrzehnte hin auch kein Zufall zu sein. Es ließe sich also fragen, warum fast alle Jugendstudien unterschiedliche Altersgruppen befragen und somit erschweren, dass eine genauere Vergleichbarkeit zwischen den Forschungsergebnissen der Studien im Laufe der Jahre entstehen könnte. Als nächstes ließe sich fragen, warum fast alle Jugend-Studien oft nach Industrie- und Medienkonzernen heißen oder zumindest höchst kommerzialisiert als Teil von Marktforschung auftreten (Shell, Bepanthen/Bayer, TUI, Telekom, Bertelsmann bzw. Liz Mohn, Postbank, SINUS), diese Tatsache aber in der öffentlichen Debatte ihrer Ergebnisse regelmäßig nicht problematisiert wird. Als wäre die Drittmittel-Abhängigkeit deutscher Jugendforschung belanglos, werden die Ergebnisse und ihre öffentliche Vermittlung in Verbindung mit Marketing und aufdringlicher Konzernwerbung regelmäßig nicht infrage gestellt (vgl. z.B. die Studien-Präsentation auf Shell.de). Ergänzend ergibt sich die Frage nach dem spezifischen Forschungsinteresse dieser Konzerne und kommerzialisierten Befragungsinstitute an jugendlichen Lebenslagen und Lebensäußerungen. Womöglich geht es ihnen nur um die Auskundschaftung zukünftiger Kund(inn)en und Arbeitskräfte und ihres sog. Verbraucherverhaltens. Es ist wohl nicht allzu weit hergeholt daran zu zweifeln, ob mit diesen Studien die Spezifika kapitalistischer Kindheiten in (Post-)Corona-, Krisen- und Kriegszeiten auch nur annähernd ausreichend erforscht, ermittelt und erkannt werden können. Sie sollen auch deshalb hier nicht als größtmögliche Erkenntnisse behandelt werden, sondern als üblicher Forschungsstand und medialer Standard bürgerlicher Wissenschaften und mittelmäßiger Medien-Mainstream.

Hinzu kommt, dass es in der konventionellen Jugendforschung über die soziale Lage Jugendlicher, besonders über prekäre Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie Jugendarmut bzw. Armut unter jungen Erwachsenen auf dem Forschungsmarkt kaum Untersuchungen und im Meer der Medienindustrie noch weniger publizistische Aufmerksamkeit gibt.¹

Viele Forscherinnen und Forscher zu Jugendfragen finden nur ganz selten zu der banalen Erkenntnis, dass prekäre oder armutsnahe Lebenslagen Jugendlicher gründlich erforscht

¹ Vgl. als eine der wenigen Ausnahmen: Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS): Monitor Jugendarmut; unter: <https://www.bagkjs.de/monitor-jugendarmut/>.

werden müssten, um deren Lebenseinstellungen zu verstehen. Alleine die Armutsstudien des Deutschen Studierendenwerkes der letzten Jahre weisen auf über ein Drittel armutsgefährdeter Student(inn)en in Deutschland hin (vgl. Rock 2024, S. 44f.). Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren haben seit über einem Jahrzehnt die höchsten Armutsquoten von allen Altersgruppen. Höher als Menschen in Altersarmut und sogar höher als die Armut von Kindern unter 18 Jahren. In einem sog. Policy Brief der Bertelsmann Stiftung vom Juli 2023 ermittelten die Forscherinnen Antje Funcke und Sarah Menne folgende Zahlen zu dem ungelösten strukturellen Problem Kinder- und Jugendarmut in Deutschland: „Im Jahr 2022 sind 3 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (21,6 Prozent) armutsgefährdet. Bei den jungen Erwachsenen von 18 bis 24 Jahren sind es 1,55 Millionen (25,3 Prozent).“ (Funcke/Menne 2023, S. 1). Bei den Minderjährigen ist also jedes fünfte Kind von Armut betroffen, bei den jungen Erwachsenen jede bzw. jeder Vierte. Eine herausragende Ausnahme sind die Forscherinnen um Gerda Holz u.a. zur Frankfurter AWO/ISS-Armuts-Langzeitstudie von 1999 bis 2022. Ein Beitrag der dortigen Leiterin Irina Volf zeugt davon. Sie verweist ebenfalls darauf, dass junge Erwachsene anteilmäßig die höchsten Armutsquoten haben von allen Altersgruppen, und dass das in Gesellschaft, Medien, Politik, ja sogar Wissenschaft selbst bislang weitgehend ignoriert wurde (vgl. Volf 2025, S. 41f.). Diese Mängel lassen sich in Jugendstudien und mainstream-medialer Rezeption auch bezogen auf den Aufstieg der AfD beobachten, wenn den sozio-ökonomischen und psycho-sozialen Hintergründen von politischen Einstellungen wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird.

2. Was ist dran am „Rechtsruck der Jugend“?

Nicht erst bei den ostdeutschen Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen am 1. September 2024 hat die extrem rechte AfD bei Jung und Alt enorm hinzugewonnen, sodass von einem regelrechten Rechtsruck die Rede ist. Die Stimmen für die AfD bei den Jungwählern sind zum Teil nicht (wesentlich) höher als bei den anderen Altersgruppen. So hatte laut Wählernachbefragung durch Infratest Dimap die AfD in Sachsen insgesamt 31 Prozent erhalten (plus 3 im Vergleich zu 2019); die 18-24jährigen wählten die AfD ebenfalls zu 31 Prozent (plus 11). In Thüringen erhielt die AfD insgesamt 33 Prozent (plus 10), während 18-24jährige sie zu 38 Prozent wählten (plus 15). Der Anstieg im Verhältnis zu den letzten Landtagswahlen 2019 ist also bei den Jungwählern deutlich steiler als bei den anderen Altersgruppen. Allerdings haben in Sachsen einige ältere Wählergruppen noch höhere AfD-Werte erzielt, und in Thüringen lagen die meisten anderen Altersgruppen mit 36-37 Prozent eher auf der Höhe der Jungwähler. Die einzige Altersgruppe, die deutlich weniger

AfD gewählt hat, waren in beiden Bundesländern die über 70jährigen (Sachsen: 24 Prozent, plus 3) und in Thüringen 19 Prozent (plus 6).²

Etwas leiser als im Frühjahr 2024 und nach den Wahlen zum EU-Parlament im Juni 2024 waren nun vor diesem Hintergrund die Stimmen, die vor allem die jugendlichen Rechtswähler betonen und gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge dabei oft ausblendeten.³ Solcherart wurde und wird dann häufig auch „die Jugend ist rechts“ oder „die Jugend wählt rechts“ behauptet, obwohl zumindest eine große Mehrheit der Jungwähler/innen gerade nicht AfD gewählt hat (zumindest deutlich mehr als 60 Prozent). Eine solche Form der Pauschalisierung erfüllt offenbar eine gewisse gesellschaftspolitische Entlastungsfunktion. Die Pauschalisierer müssen weniger über Erwachsene, Eltern und eigene journalistische, politische, wissenschaftliche und pädagogische Verantwortung für diese Entwicklung nachdenken. Es reicht, alle Probleme auf „die Jugend“ zu projizieren. Dass in der Augsburger „Jugendwahlstudie 2024“ (eine von Anfang Juli bis Mitte August 2024 erfolgte Befragung von tausend 16- bis 25jährigen) 65 Prozent der ostdeutschen und 74 Prozent der westdeutschen Jugendlichen von Angst vor der AfD berichteten, dass in der Befragung "Jugend in Deutschland 2024" unter anderem 44 Prozent der Befragten große Sorgen wegen des Aufstiegs rechtsextremer Parteien äußern,⁴ wird dadurch eher ausgeblendet. Die pauschale Aussage "die Jugend wählt rechts" über eine ganze Generation unterschlägt schlicht diesen Sachverhalt und ist deshalb undifferenziert.

Richtig ist: Ein wachsender Teil der Jugend wählt rechts. Deshalb ist es aber auch für die politische Kommunikation kontraproduktiv, wenn zum Beispiel die 44 Prozent der Befragten, die große Sorgen wegen des "Erstarkens rechtsextremer Parteien" äußern, nicht explizit gewürdigt und unterstützt, sondern mit den 22 Prozent der die AfD wählen Wollenden in einen Topf als "die rechte Jugend" geworfen werden. Diesbezüglich wäre etwas mehr Gründlichkeit und Differenzierung nötig. Zumal alarmistische Medien, die solche Aussagen tätigen, oft kaum Interesse zeigen für die realen Lebenslagen, Lebenswelten, Empfindungen und Ansichten vieler junger Menschen.

Damit könnten viele Medien, Politiker/innen und auch manche Wissenschaftler/innen selbst zum Teil des Problems werden. Das gilt es genauer zu untersuchen, da die Vermutung besteht, dass aus genau diesen Verzerrungen heraus und den damit verbundenen Kommunikationsstörungen der Aufstieg der AfD mitzuerklären ist. Außerdem lässt sich die Vermutung äußern, dass das rechte gesellschaftspolitische Projekt zur Militarisierung

² Vgl. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH/umfrage-alter.shtml> sowie <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-SN/umfrage-afd.shtml>

³Vgl. Pauline Reibe: Jung, ostdeutsch, rechts: Darum wählt meine Generation die AfD, *Hamburger Morgenpost*, 2.9.2024)

⁴<https://www.generation-thinking.de/post/jugendwahlstudie-2024> u. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/studie-jugend-100.html>

Deutschlands und zur Vorbereitung auf Krieg (zum Beispiel gegen Russland) durch Aufrüstung, Kriegspropaganda (auch bei Kindern), Waffenexporte usw. hin zur „Kriegstüchtigkeit“ von einer sehr großen Koalition aus SPD, FDP, Grünen, CDU/CSU und AfD am besten betrieben werden kann, wenn es auch noch im Namen eines angeblichen „Kampfes gegen Rechts“ durchgeführt wird. Auch dies sollte im Auge behalten werden.

3. Jugend-Studien und mediale Diskurse über „die rechte Jugend“

Schon als die Studie „Jugend in Deutschland 2024“ im Frühjahr 2024 herauskam, ging ein regelrechtes Erdbeben durch den Medienwald. Viele bürgerliche Blätter und Sender schienen sich einig zu sein, dass „die Jugend“, die sie eben noch genauso pauschal als weltoffen-solidarische und klima-engagierte Fridays-for-Future-Jugend dargestellt hatten, nunmehr – genauso undifferenziert – nur noch als „rechte Jugend“ zu bezeichnen sei (dabei übrigens ignorierend, dass sich 2024 zwar weniger als in Vorjahren, aber immer noch etwa die Hälfte aller Befragten große Sorgen hinsichtlich Klima- und Umweltfragen machte; vgl. JiD 2024: 49 Prozent; Shell 2024, S. 14: 64 Prozent; JiD 2025, S. 14: 47 Prozent). Während ZDF.de vom 23. April 2024 mit der Überschrift „Deutlicher Rechtsruck“ aufmachte, titelte STERN.de v. 26.4.2024: „Junge Menschen wählen AfD“. Der Bayerische Rundfunk schrieb auf BR.de v. 23.4.2024: „Studie: Eine pessimistische Jugend rückt nach rechts“ und titelte am 11. Juni 2024: „Europawahl 2024: Arbeiterpartei AfD – die Jugend wählt rechts“. Bei dieser ziemlich einhelligen Darstellung des „Rechtsrucks der Jugend“ bzw. der „Rechten Jugend“, ging verloren, welches Ausmaß an Polarisierung innerhalb der Jugend zu beachten wäre, ohne natürlich Rechtsextremismus zu verharmlosen.

3.1. Die mediale Resonanz auf die Studie „Jugend in Deutschland 2024“

Für die repräsentative Studie „Jugend in Deutschland 2024“ wurden im Januar und Februar 2024 etwa 2.000 junge Leute von 14 bis 29 Jahren befragt. Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die junge Generation im Vergleich zu den Befragungen der Vorjahre immer unzufriedener geworden sei, besonders hinsichtlich ihrer gesellschaftlich-wirtschaftlichen Lage.

Philipp Wundersee vom *WDR* fasste für *Tagesschau.de* am 23. April 2024 die wichtigsten Sorgen der befragten jungen Menschen zusammen: „Die großen Sorgen der jungen Menschen in Deutschland aufgrund von Inflation (65 Prozent), teurem Wohnraum (54 Prozent) und Altersarmut (48 Prozent), aber auch die Spaltung der Gesellschaft (49 Prozent) oder die Zunahme von Flüchtlingsströmen (41 Prozent) führen zu hoher Unzufriedenheit der jungen Generation mit ihrer Lebenssituation und den politischen Verhältnissen.“ Interessanterweise lässt der Autor aber verschiedene wichtige Sorgenverursacher außen vor, genauso wie deren Entwicklung in den letzten zwei Jahren:

Da wären vor allem der „Krieg in Europa und in Nahost“ mit immerhin 60 Prozent (2022: 68 Prozent; 2023: 59 Prozent), der Klimawandel mit 49 Prozent (2022: 55 Prozent, 2023: 52 Prozent), die Sorgen hinsichtlich der „Wirtschaftskrise“ bei 48 Prozent der Jugendlichen (2022: 39 Prozent; 2023: 45 Prozent) oder auch das „Erstarken rechtsextremer Parteien“ mit 44 Prozent unter den Befragten (2022: 35 Prozent; 2023: 32 Prozent). Schaut man diese Angaben unbefangen an, so kann man unmöglich zum Ergebnis kommen, dass „die Jugend rechts“ eingestellt sei. Was immer auch für Interpretationen möglich wären, scheint doch zumindest eine ziemliche Spaltung und Polarisierung innerhalb der jungen Generation sichtbar zu werden, die zudem geschlechtsspezifisch und geographisch ausdifferenziert analysiert werden sollte.

Hinsichtlich des individuellen Wohlbefindens und psychischer Belastungen der befragten Jugendlichen zwischen 14 und 29 Jahren verkündete Tagesschau.de vom 23. April 2024 einen besorgniserregenden Absturz: „Im Vergleich zu den früheren Studien scheint die Stimmung derzeit zu kippen. Das zeigt sich an einem hohen Ausmaß von psychischen Belastungen wie Stress, den 51 Prozent der Befragten angeben. Ähnlich zur Erschöpfung (36 Prozent) und der Hilflosigkeit (17 Prozent), die in den vergangenen drei Jahren trotz des Abflauens der Corona-Pandemie weiter angestiegen sind. Es geben elf Prozent der Befragten an, aktuell wegen psychischer Störungen in Behandlung zu sein.“ Dies wird noch deutlicher, zieht man die beiden Vorjahreswerte hinzu: Demnach haben sich von 2022 über 2023 bis 2024 Stress (45, 46 und 51 Prozent), Erschöpfung (32, 35 und 36 Prozent), Selbstzweifel (25, 33 und 33 Prozent), Gereiztheit (22, 24 und 25 Prozent), Hilflosigkeit (13, 14 und 17 Prozent), Suizidgedanken (7, 6 und 8 Prozent) deutlich erhöht, während „keine der genannten Belastungen“ lediglich von 22 Prozent (2022: 23 Prozent, 2023: 19 Prozent) genannt wurden. In JiD 2025 sind diese Werte nur geringfügig gesunken und liegen weiterhin auf besorgniserregenden Höhen: Stress (49 Prozent), Erschöpfung (34 Prozent), Selbstzweifel (32 Prozent), Gereiztheit (18 Prozent), Hilflosigkeit (15 Prozent), Suizidgedanken (6 Prozent) bleiben extrem hoch, während „keine der genannten Belastungen“ immer noch nur 23 Prozent betreffen (vgl. JiD 2025, S. 16)

Indessen lässt sich zum sog. Rechtsruck, welcher offenbar das öffentliche Interesse an dieser Studie und der jungen Generation 2024 besonders motivierte, hinsichtlich der Parteienpräferenz einiges herausfinden. So meldete z.B. Tagesschau.de vom 23. April 2024 über die Ergebnisse der Studie JiD 2024: „Die AfD stehe laut ihrer Befragung mit 22 Prozent aktuell an der Spitze der Wählergunst bei den unter 30jährigen (2022: 9 Prozent). AfD und CDU/CSU hätten stark in der Gunst zugelegt, die Regierungsparteien enorm verloren. Demnach würden sich 20 Prozent für die CDU entscheiden (2022: 16 Prozent). Alle weiteren Parteien verlieren bei der jungen Generation Stimmen: Die Grünen liegen in der Gunst der jungen Wähler zur Zeit bei 18 Prozent (2022: 27 Prozent), die SPD bei 12 Prozent (2022: 14

Prozent), die FDP bei acht Prozent (2022: 19 Prozent). Ein Viertel bezeichnete sich als unentschlossen.“

Auch das ZDF kommt zu einer ähnlichen Bilanz: Unter der Überschrift „Deutlicher Rechtsruck“ vermittelt zdf.de vom 23. April 2024 folgendes Studienergebnis: „Es sei ein deutlicher Rechtsruck in der jungen Bevölkerung zu sehen, so Autor Klaus Hurrelmann. Demnach sinken die Zustimmungswerte für die Grünen, die FDP und die SPD deutlich. Die Union (CDU und CSU) verbesserte sich der Umfrage zufolge bei jungen Menschen von 16 auf 20 Prozent, das neue Bündnis Sahra Wagenknecht kommt auf 5 Prozent. Die Zahl derjenigen, die auf die Frage, wen sie wählen würden, mit ‘Ich weiß es nicht’ antworteten, stieg deutlich von 19 Prozent vor zwei Jahren auf heute 25 Prozent.“ Trotz der sinkenden Ampel-Werte und steigenden Unions- und AfD-Wahlabsichten sollte selbst hierbei nicht vorschnell „die Jugend“ als pauschal „rechts“ gekennzeichnet werden, wie dies in vielen Beiträgen nach Veröffentlichung der Studie geschehen ist. In Verbindung mit den ermittelten Sorgen vieler junger Menschen, war zum Beispiel die gesunkene Zustimmung zur Ampel keineswegs grundsätzlich „rechts“. Genauso wenig gilt dies zwangsläufig für den Aufstieg des BSW oder die steigenden Zahlen bei den Unentschlossenen.

3.2. Ergebnisse der EU-Wahlen 2024

Dass die vorherrschende veröffentlichte Meinung in Politik, Medien und Wissenschaft nicht unbedingt mit der öffentlichen Meinung übereinstimmt, wurde schließlich sichtbar anhand der Wahlen zum EU-Parlament im Juni 2024. Was war herausgekommen aus all den Studien und Prognosen? Zunächst einmal muss die Vergleichbarkeit vieler Untersuchungen hinterfragt werden, da sich die einen auf 12-18jährige oder 16- bis 24jährige beziehen, die anderen auf 18-24jährige, wieder andere schauen auf 14- oder 16- bis 29jährige usw. Auch im Zeitverlauf muss berücksichtigt werden, dass die Gruppe der unter 25jährigen bei der Wahl 2024 von 16 bis 24 Jahre und bei der Wahl 2019 nur von 18 bis 24 Jahre alt war. Dies alles in Rechnung gestellt, lässt sich folgendes zum Wahlergebnis sagen: Die AfD wurde von der gesamten Wahlbevölkerung zu 16 Prozent gewählt und bei den unter 25jährigen erhielt sie ebenfalls 16 Prozent. Das bedeutet zwar für die unter 25jährigen eine Verdreifachung der AfD-Wählerinnen und Wähler im Verhältnis zur letzten EU-Wahl, jedoch keinen wesentlichen „Ausreißer“ im Verhältnis zu den älteren Altersgruppen. Im Gegenteil, denn während der *Bayerische Rundfunk* zwar am 11. Juni 2024 titelte „Europawahl 2024: Arbeiterpartei AfD – die Jugend wählt rechts“, konnten die verlinkten Studienergebnisse von Infratest Dimap auf der gleichen Homepage die Behauptung über „die Jugend“ deutlich entkräften. Zwar erhielt die AfD bei den Arbeitern tatsächlich von allen Parteien die höchsten Werte (33 Prozent), konnte das aber für die Jungwähler/innen keineswegs von sich sagen. Bei den 16 bis 24jährigen schnitten die Union mit 17 Prozent, die AfD mit 16 Prozent, die

Grünen mit 11 Prozent, die SPD mit 9 Prozent, die FDP mit 7 Prozent, die Linkspartei mit 6 Prozent und das BSW ebenfalls mit 6 Prozent ab. Zugleich wählten etwa 28 Prozent der jungen Wähler nicht-etablierte Parteien, wie DIE PARTEI, VOLT, Tierschutzpartei usw. 84 Prozent der Jungwähler/innen gaben bei den Wahlen zum EU-Parlament 2024 ihre Stimme also nicht der AfD.

Etwas differenzierter zu den Altersgruppen, ermittelte Infratest Dimap – wie schon angeführt – für die Gesamtwählerschaft und für die 16-24jährigen 16 Prozent für die AfD; bei den 25-34jährigen waren es immerhin 18 Prozent, bei den 35-44jährigen sogar 20 Prozent, bei den 45 bis 59jährigen wieder 18 Prozent, bei den 60-69jährigen 15 Prozent und bei den über 70jährigen „nur“ 8 Prozent. Wenn also Altersgruppen als besonders AfD-affin beschrieben werden sollten, so wären dies vor allem die 35 bis 44jährigen. „Die“ Jugend unter 25 lässt sich demgegenüber eher als „durchschnittlich“ beschreiben. Was – wie gesagt – nichts an der Dramatik des Rechtsextremismus ändert.

Dennoch spricht ein großer Teil des liberalen Medienmainstream seit der Schnitzer/Hurrelmann/Hampel-Studie „JiD 2024“ und nach den EU-Wahlen vom „Rechtsruck“ der Jugend. Nur die *FAZ* vom 20. Juni 2024 kam nach einer weiteren Jugendbefragung durch das Allensbach-Institut zu einer konträren Ansicht: „17 Prozent der Deutschen unter 30 finden die AfD am sympathischsten. Insgesamt ist die Jugend aber eher links als rechts, wie eine Allensbach-Umfrage (...) zeigt. In den vergangenen Monaten gab es wiederholt aufgeregte öffentliche Diskussionen über die politische Orientierung der jungen Generation. Vor wenigen Jahren sei sie noch überwiegend links gewesen, habe sich vor allem für Umwelt- und Klimaschutz interessiert, nun sei sie nach rechts gerückt, sei frustriert und perspektivlos und habe sich unter dem Einfluss der sozialen Medien der AfD zugewandt.“⁵

3.3 Bestärkung der Polarisierungsthese: Shell-Studie 2024, „Jugend in Deutschland 2025“ und BT-Wahl 2025

Der Mythos von der „rechten Jugend“ wurde dann im Herbst mit der Shell-Studie 2024 (2509 repräsentativ und persönlich Befragte zwischen 12 und 25 Jahren) abermals widerlegt, denn auch dort zeigte sich, dass sich die Mehrheit der jungen Menschen links von der Mitte selbst verortet. Laut Shell-Studie 2024 versteht sich eine Mehrheit der befragten 15- bis 25jährigen als eher „links“ – genauer: 14 Prozent links, 32 Prozent eher links gegenüber 4 Prozent rechts und 14 Prozent eher rechts. Zur „Mitte“ zählen sich 26 Prozent und nur 10 Prozent – so niedrig wie nie seit 2002 – können oder wollen sich nicht zuordnen (Shell 2024, S. 61). Das spräche nicht nur für eine Polarisierung, sondern auch für eine Politisierung weiter Teile der Jugendlichen. Außerdem wären die Trend-Daten von Belang, wonach sich die

⁵Thomas Petersen: Debatte über Rechtsruck. Wer jung ist, steht eher links der Mitte, *FAZ*, 20.6.2024.

durchschnittliche Selbsteinschätzung seit 2025 kontinuierlich nach links verschoben hat (vgl. ebd. S. 61). 81 Prozent der Jugend hat Angst vor Krieg in Europa und es fürchten sich deutlich mehr Menschen von 12 bis 25 Jahren vor Krieg, Armut und Umweltverschmutzung, als vor Zuwanderung nach Deutschland. Vor Armut fürchten sich mit 67 Prozent deutlich mehr junge Menschen als vor Arbeitslosigkeit (35 Prozent), was bedeuten könnte, dass viele womöglich mit Erwerbstätigkeit keine Armutsfreiheit mehr verbinden, im Unterschied zu früheren Generationen. Außerdem gibt mit 58 Prozent mehr als die Hälfte der Befragten an, Angst vor Rassismus beziehungsweise "Ausländerfeindlichkeit" zu haben, während „nur“ 34 Prozent sich vor "Zuwanderung nach Deutschland" fürchten (vgl. Shell 2024, S. 13f.).

Auch die Bundestagswahlen 2025 und die Folge-Studie „Jugend in Deutschland 2025“ (vom 10. Januar bis zum 26. Februar 2025 repräsentativ 2027 standardisiert-online Befragte zwischen 14 und 29 Jahren) weisen eher auf eine Polarisierung der Jugend hin, bei gleichzeitig eher linker, als rechter Orientierung der Mehrheit in der jungen Generation. Der konservative Politikwissenschaftler Eckhard Jesse konnte in der FAZ mit dem amtlichen Endergebnis der Bundestagswahl 2025 sogar untermauern, dass die Jungwähler/innen insgesamt oft verzerrt als zu rechts dargestellt wurden, während andere, viel rechtere Altersgruppen aus dem öffentlichen Blickfeld geraten sind. So sei die vier Monate nach den Wahlen veröffentlichte repräsentative Wahlstatistik genauer als die unmittelbaren Wahltagsbefragungen. Jesse erwidert auf die Aussage, dass es oft heiße, die AfD gewinne bei den jungen Wählern überproportional. „Das stimmte nie und stimmt auch jetzt nicht – trotz gewisser Angleichungstendenzen. Die AfD ist bei Personen im berufstätigen Alter (35 bis 44: 27,1 Prozent) stark über-, bei den 18- bis 24-Jährigen mit 19,0 Prozent hingegen unterrepräsentiert (Gesamtergebnis: 20,8 Prozent), noch mehr bei den über Siebzigjährigen (11,5 Prozent). Die Wahltagsbefragung ermittelte für das junge AfD-Elektorat zu hohe Werte (18-24 Jahre: 21 Prozent; 25 bis 34 Jahre: 24 Prozent (tatsächlich: 20,8 Prozent), für das reifere zu niedrige, so mit 25 Prozent für die 45 bis 59-Jährigen (tatsächlich: 30,4 Prozent).“ Umgekehrt basiere der Gewinn von 27,4 Prozent für DIE LINKE im Jungwählerbereich (2021: 7,8 Prozent) wesentlich auf der weiblichen Wählerschaft mit 37,1 Prozent (2021: 8,9 Prozent). Jesse beobachtet diesbezüglich eine „mobilisierende Gleichstellungsthematik“, welche bei den „nicht-linken Parteien für Stimmenverluste der 18- bis 24-jährigen Frauen“ Sorge (ein ähnliches Ergebnis lieferte die Shell-Studie von 2024, wonach bei weiblichen Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren eine deutlich stärkere linke Selbstpositionierung zu verzeichnen ist; vgl. Shell 2024, S. 62).

Diese geschlechtsspezifischen Differenzen lassen sich laut Jesse im Ost-West-Kontext noch deutlicher akzentuieren. „Selbst im früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin stieß Die Linke bei den 18- bis 24-jährigen wie den 25- bis 34-jährigen Frauen mit 37,0 und 30,8 Prozent auf den ersten Platz vor. Und in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) lag die AfD

bei den Männern in allen sechs Altersgruppen ganz vorne. Was keiner anderen Partei gelang: Die AfD erreichte bei den 45- bis 59-jährigen Männern in den neuen Bundesländern die absolute Mehrheit (50,1 Prozent)“ (Jesse 2025). Es zeigt sich somit, dass die zu oft verbreitete pauschalisierende Rede von „der rechten Jugend“ und dem Rechtsextremismus als reinem „Jugendproblem“ differenziert und mit den Krisenerfahrungen der Gegenwart kontextualisiert werden sollte. Das wird auch von der Befragung „Jugend in Deutschland 2025“ bestätigt. „Junge Frauen machen sich mehr Sorgen als junge Männer. Besonders deutlich ist das bei der Sorge um teuren/knappen Wohnraum (w: 55%; m: 41%), das Erstarken von rechtsextremen Parteien (w: 54%; m: 36%), die Spaltung der Gesellschaft (w: 51%; m: 45%) und Altersarmut (w: 47%; m: 36%).“ (JiD 2025; S. 15)

4. Krisen-Jugend

Schon der Mit-Autor der Shell-Studie 2024 Mathias Albert weiß zu Krisen-, Kriegs- und anderen Ängsten unter Jugendlichen einiges zu berichten. „So gaben 2024 etwa 81 Prozent der Jugendlichen an, dass ihnen ein Krieg in Europa Angst macht (2019: 46 Prozent), gefolgt von Ängsten bezüglich der wirtschaftlichen Lage und steigender Armut (2019: 52 Prozent; 2024: 67 Prozent) sowie vor wachsender Feindseligkeit zwischen den Menschen (2019: 56 Prozent; 2024: 64 Prozent). Ebenfalls sorgen Umweltverschmutzung (2019: 56 Prozent; 2024: 64 Prozent) und Klimawandel (2019: 71 Prozent; 2024: 64 Prozent) für Ängste.“ (Albert 2025, S. 11)

Ähnlich zeigt auch für die Autoren der Studie „Jugend in Deutschland 2025“ der Blick auf die Sorgen der jungen Generation, dass ihre Lage mit dem Begriff „Dauerkrisenmodus“ weiter zutreffend zu beschreiben sei. Sie stellen fest: „Die Gewichtung von existenzbedrohenden Sorgen lässt etwas nach, doch sie bleiben ernst zu nehmen.“ (JiD 2025, S. 13) Dies kann bestätigt werden für fast alle Sorgen bereitenden Tendenzen und Triebkräfte. Nur für die wichtigste und existenziellste, weil unmittelbar lebensbedrohlichste und von den Jugendlichen am stärksten genannte Gefahr gilt das nicht. Zwar ist z.B. die „Angst vor Inflation“ von 65 Prozent 2024 auf 57 Prozent in 2025 gesunken und damit vom stärksten zum zweitstärksten Sorgtreiber geworden. Doch in der Studie „Jugend in Deutschland“ (JiD) 2025 ist „Angst vor Krieg in Europa und in Nahost“ von 60 Prozent der befragten Jugendlichen im Jahre 2024 auf 62 Prozent in 2025 angestiegen und damit nicht nur fast der einzige gestiegene (Angst vor „Spaltung der Gesellschaft“ ist auch noch um einen Prozentpunkt auf 48 Prozent angewachsen; vgl. JiD 2025, S. 13f.), sondern auch der höchste Wert von allen Stressoren und Angstmachern. Da es sich „nur“ um ein 2 Prozentpunkte-Wachstum handelt, könnte man fast über diese Fehlinterpretation der Jugendforscher hinweggehen. Vor dem Hintergrund jedoch, dass auch die in der Shell-Studie 2024 geäußerten Kriegsängste bei über 80 Prozent der Jugendlichen medial fast

unterzugehen drohten, scheint es sich hier um eine offensichtlich bemerkenswerte, strukturelle Ignoranz bei vielen medialen Rezeptionen und z.T. auch bei den Forschenden selbst zu handeln. In diesem Sinne handelt es sich also auch um eine gleichsam „ignorierte Generation“, wie es der Generalsekretär der Bundeschülerkonferenz Quentin Gärtner ausdrückt (siehe Berliner Zeitung v. 9.9.2025). Zumindest auf zwei Ebenen lässt sich sogar zeigen, dass viele Jugendliche in Fragen des Friedens und in Fragen der Sozialstaatlichkeit offenbar deutlich kritischere Positionen vertreten als den Jugendforschern und dem Medienmainstream lieb wäre.

5. Mangelhafte jugendliche „Kriegstüchtigkeit“?

Der Hamburger Pädagoge Klaus Bullan fasst die bemerkenswerten Ergebnisse der JiD 2025-Befragung wesentlich genauer zusammen, als Rezensionen bürgerlicher Medien und sogar die Studien-Autoren selbst es getan haben. Dadurch bringt er Folgendes zutage:

„Differenzierte Befragungen zum Thema Aufrüstung, Kriege und zur militärischen Unterstützung der Ukraine und Israels in den gegenwärtigen Konflikten zeigen, dass die befragten Jugendlichen Zurückhaltung gegenüber der ›Kriegstüchtigkeit‹ zeigen. 48% befürworten Friedensverhandlungen mit Russland, nur 30% sind für die Erhöhung der Ausgaben für Militär und Verteidigung und 20% befürworten Waffenlieferungen an die angegriffene Ukraine, nur 6% an Israel.“ (Bullan 2025, S. 31)

Die Studie selbst kommt zusammenfassend zu der naheliegenden Bewertung derartiger Befunde: „Das Zögern junger Menschen, wenn es um Fragen der militärischen Aufrüstung oder einer aktiveren Rolle Deutschlands in geopolitischen Konflikten geht, hat einen tiefen Grund: Sie spüren, dass Kriege und sicherheitspolitische Entscheidungen langfristige Auswirkungen auf ihre eigene Zukunft haben werden.“ (JiD 2025, S. 73) Das gilt auch für die Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die nur bei 18 Prozent auf Zustimmung, aber bei 50 Prozent auf Ablehnung stößt (vgl. JiD 2025, S. 73). Die meisten Jugendlichen scheinen also sofort zu verstehen, was eine „aktivere Rolle Deutschlands in geopolitischen Konflikten“ bedeuten dürfte: Krieg (womöglich gegen eine Atommacht), an dem sie selbst sich beteiligen müssen (vgl. Bullan 2025, S. 31f.). Trotz tagtäglicher (Drohnen-)Angstkampagnen psychologischer Kriegsführung und Medien-Mobilisierung zur „Kriegstüchtigkeit“ scheinen große Teile der Jugendlichen immer noch nicht begeistert als Kanonenfutter fungieren zu wollen. Es lässt sich somit festhalten, dass viele Jugendliche offenbar stärker friedensorientiert sind, als so mancher Mainstream der Jugendforscher und Medien wahrhaben will bzw. selbst eingestellt ist.

6. Jugendliche solidarischer als Jugendforscher?

Doch, wie Klaus Bullan ebenfalls herausgefunden hat, scheinen viele Jugendliche nicht nur weniger kriegsbegeistert und friedlicher, sondern auch solidarischer und progressiver zu sein, als viele Jugendforscher: „Entgegen der von Arbeitgebern, Union und FDP gern vorgetragenen Argumente für die Kürzung von Renten, Anhebung des Renteneintrittsalters oder der Erhöhung der Arbeitnehmerbeiträge in die Rentenversicherung um die ‚Generationengerechtigkeit‘ zu wahren und die jungen Leute nicht alle Last tragen zu lassen, kann von einem gern beschworenen ‚Generationenkonflikt‘ beim Thema Rente nicht die Rede sein. Die jungen Menschen zwischen 14 und 29 Jahren sind mit 74 Prozent dagegen, die Renten zu kürzen, mit 65 Prozent dagegen, das Renteneintrittsalter zu erhöhen und mit 50 Prozent dagegen, die Rentenbeiträge zu erhöhen. Stattdessen setzen sie auf eine Erhöhung und Absicherung der Rentenhöhe durch Steigerung der Bundeszuschüsse.“ (Bullan 2025, S. 32) Bullan arbeitet genau heraus, wie die Studien-Verfasser die Antworten der Mehrheit der Jugendlichen mit einem regelrechten Befremden zur Kenntnis nehmen. Tatsächlich schreiben Schnitzer, Hurrelmann und Hampel: „Die Antworten der jungen Generation sind so solidarisch, dass man davon ausgehen muss, dass viele junge Menschen sich der Tragweite nicht bewusst sind. Sie lehnen ab, dass ältere Menschen länger arbeiten müssen (65%) und dass Rentner*innen die Rente gekürzt wird (74%). Zudem befürworten sie überwiegend, dass der Bundeszuschuss zur Rentenfinanzierung steigt (Zustimmung: 46%; Ablehnung: 12%). Im Klartext bedeutet diese Statistik, dass es für junge Menschen in Ordnung wäre, dass die Älteren sich nicht über das bisherige Maß hinaus an der Rentenfinanzierung beteiligen und alles über einen steigenden Anteil aus dem Bundeshaushalt, also aus Steuergeldern finanziert wird. Dass dadurch Ausgaben für Bildung, Familien, Klimaschutz oder Infrastruktur kürzer kommen, von denen die Jungen in höherem Maß profitieren würden, scheinen junge Menschen kaum zu wissen oder zu berücksichtigen.“ (JiD 2025, S. 75)

Im Unterschied zu den Jugendforschern scheint die Mehrheit der Jugendlichen wohl auch verstanden zu haben, dass gekürzte Renten oder höheres Renteneintrittsalter sie selbst später am schärfsten treffen werden. Das „Erstaunen“ über die zu generationensolidarische Jugend ließe sich bei dem Soziologen und Jugendforscher Klaus Hurrelmann auch daraus herleiten, dass er schon seit vielen Jahren die (Teil-)Privatisierung der Altersvorsorge als vermeintlich generationengerechtes Projekt regelrecht bewirbt und sogar verpflichtend machen will. Schon 2010 hat er deshalb der jungen Generation ein „finanzielles Analphabetentum“ attestiert, weil viele junge Leute nicht auf Riester-Renten und andere Teil-Privatisierungen der Alterssicherung hereinfallen wollten, für die Hurrelmann jedoch emsig warb (vgl. Hurrelmann 2010). Junge und zukünftige Generationen waren schon damals für ihn zu schwer instrumentalisierbar für die Privatisierung der Sozialsysteme und die Restrukturierung des demokratischen Wohlfahrtsstaates in einen neoliberalen

Wettbewerbsstaat. Daraus nun den Schluss zu ziehen, Privatrenten zur Pflicht zu machen, kommt nicht nur einem weiteren gigantischen Subventionsprogramm für private Versicherungskonzerne im Namen der jungen Menschen gleich, sondern verschärft das Problem der Altersarmut noch für zukünftige Generationen (vgl. Gajevic 2013).

7. Fazit

Im Gegensatz zu manchen Pauschaldarstellungen, die sich oft auch nicht für soziale Hintergründe wie Prekarisierung und Jugendarmut zu interessieren scheinen, wurde gezeigt, dass politische Einstellungen und Soziallagen Jugendlicher viel komplizierter sind. Vielfältige jugendliche Ansichten passen z.B. kaum ins Bild einer „rechten Jugend“. Dagegen lassen sich vielmehr Indizien für eine enorm polarisierte und politisierte Jugend, mit mehrheitlich linken Ansichten finden (insbesondere unter weiblichen Jugendlichen). Hinsichtlich sozial- und außenpolitischer Positionen konnte nachgewiesen werden, dass viele Jugendliche nicht nur progressiver, als erwartet, sondern gar fortschrittlicher als die sie Beforschenden erscheinen. Für eine linke politische Kommunikation gegen Militarismus und für Solidarität könnten diese Ergebnisse sich als herausragend erweisen, sofern alle Interessierten geduldig das gemeinsame Gespräch und die Assoziation anstreben.

Erstaunlicherweise nahmen viele Mainstreammedien die Augsburger „Jugendwahlstudie 2024“ noch kurz vor den Landtags-Wahlen in Thüringen und Sachsen mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis, fühlten sich aber zu keiner Zeit selbst angesprochen. So wird in der Regel mit Erstaunen referiert, dass viele junge Menschen sich als „links“ verstehen, aber zugleich bisweilen „rechte“ Positionen vertreten oder gar „rechts“ wählen würden.⁶ Ganz im Sinne der Widersprüchlichkeit von Orientierungen als Grundmerkmal des Bewusstseins von Lohnabhängigen im Kapitalismus, verstehen viele Medien, Politiker, Wissenschaftler sich ebenfalls allzu oft als „links“ oder „liberal“, präferieren aber Parteien, die rechts-autoritäre Politik betreiben (Notstandsgesetze, Zensur, Aufrüstung, Kriegstüchtigkeitspropaganda, Waffenexporte, Sozialabbau usw.). Doch das kommt den über junge Menschen erstaunten Mainstreammedien nicht in den Sinn. Nur wenige Wissenschaftler/innen haben in ihren (Jugend-)Studien überhaupt Parameter und Items für sozialstaatsfeindliche, die im Grundgesetz stehende Vermögensteuer ablehnende und das Friedensgebot des Grundgesetzes verletzende, also verfassungsfeindliche „rechte“ Propaganda und rechte Politik der Militarisierung und des Sozialabbaus eingebaut.

⁶Vgl. *Frankfurter Rundschau*, 27.8.2024; ein Phänomen, welches auch schon in Studien seit den 1990er Jahren über sich als eher „links“ verstehende Gewerkschafter bemerkt wurde, die offen für standortnationalistische und „rechte“ Parolen waren. Vgl. Richard Stöss: *Gewerkschaften und Rechtsextremismus in Europa*, Berlin 2017, S. 25 f.

Für einen jungen Menschen, der unter diesen politischen und medialen Bedingungen aufgewachsen ist, dürfte es einigermaßen schwer sein, sich im „Rechts-Links“-Koordinatensystem zurechtzufinden. Bei dieser „Umwortung aller Worte“ werden augenscheinlich zentrale Inhalte des Adjektivs „links“ entfernt und durch reaktionäre Inhalte ersetzt. Vor diesem Hintergrund sollten auch die verschiedenen Jugendstudien und deren politische, mediale und wissenschaftliche Thematisierung kritisch betrachtet werden. Es drängt sich der Verdacht auf, dass sich die veröffentlichte Meinung nur dafür interessiert, wie viele junge Menschen beabsichtigen, die AfD zu wählen; alles andere scheint nebensächlich zu sein, wird umgehend vergessen oder verdrängt. Und damit wird womöglich schon ein zentrales Bündel von Ursachen für Ansichten und politische Entscheidungen vieler junger Menschen ausgeblendet. Der „Extremismus der Mitte“ in Politik, Medien und Wissenschaft gerät derweil zum entscheidenden Steigbügelhalter für den Rechtsruck. Ein großer Teil der bürgerlichen Jugendforscher und Medien scheint dem nichts Wirksames entgegenzusetzen, während ein gewichtiger Teil der jungen Generation wesentlich kritischer, solidarischer und antimilitaristischer eingestellt zu sein scheint.

Literatur

- Albert, Mathias (2025): Jugend in Deutschland im Spiegel der Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 36-37, S. 9-15.
- Bullan, Klaus (2025): Im Dauerkrisenmodus und in politischer Polarisierung. Jugend 2025, in: Sozialismus Heft 7-8, S. 30-35.
- Funcke, Antje/Sarah Menne (2023): Kinderarmut und Kindergrundsicherung: Daten und Fakten. Policy Brief der Bertelsmann Stiftung (Juli 2023) Gütersloh.
- Gajevic, Mira (2013): Studie. Jugend so optimistisch wie noch nie. In: Berliner Zeitung v. 2.5.2013
- Hurrelmann, Klaus (2010): „Es gibt ein finanzielles Analphabetentum“. Interview mit dem Sozialwissenschaftler Klaus Hurrelmann. In: Süddeutsche.de v. 14.6.2010
- Institut für Generationenforschung (Hg.): Jugendwahlstudie 2024. Augsburg 2024
- Jesse, Eckhard: Die Beliebtheit der AfD bei Jungwählern wird überschätzt, in: FAZ v. 2.7.2025
- Schnitzer, Simon/Hampel, Kilian/Hurrelmann, Klaus (JiD 2024): Trendstudie Jugend in Deutschland 2024. Datajockey Verlag, Kempten.
- Schnitzer, Simon/Hampel, Kilian/Hurrelmann, Klaus (JiD 2025): Trendstudie Jugend in Deutschland 2025. Datajockey Verlag, Kempten.
- Philipps, Robert: Blitzlicht Jugendstudien. Wie gespalten ist die junge Generation?, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Dezember 2024, S. 1-7.
- Piepenbrink, Johannes: Editorial, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 36-37/2025, S. 3.
- Rock, Joachim: Endlich ein existenzsicherndes BAföG. ARMUTSBETROFFENE STUDIERENDE. Die Armut Studierender wurde viel zu lang als Randthema der Sozial- und Bildungspolitik behandelt. Diese Ignoranz fordert einen hohen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Preis, in: DSW Journal (Magazin des Deutschen Studierendenwerks) Nr. 4/2024, S. 44-45.

- Schröder, Martin: Warum Jugendforschung oft Unsinn ist, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 36-37/2025, S. 4-8.
- Shell Deutschland GmbH (2024) (Hg.): Jugend 2024. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt. Weinheim.
- Volf, Irina: Kinder- und Jugendarmut. Ein Fakten- und Lebenslagencheck, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 36-37/2025, S. 40-45.